

Sitzung vom 25. September 2014

Nachrichten aus dem Zentralvorstand

International Health Policy Survey – Im jährlich durchgeführten International Health Policy Survey der US-Stiftung «Commonwealth Fund» (CWF) stehen fürs Jahr 2015 die Grundversorger im Fokus der Befragung. In Zusammenarbeit mit dem BAG hat die FMH den Fragekatalog analysiert und einige Änderungen erarbeitet, welche der CWF vorgeschlagen wurden. Der ZV ist mit dem Fragekatalog inkl. der vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

Bundesrätlicher TARMED-Tarifeingriff – Aufgrund ihrer unklaren Begrifflichkeit sorgt die bundesrätliche Verordnung über die Anpassung von Tarifstrukturen im KVG für Verärgerung und Ängsten bei Leistungserbringern und Kostenträgern. Von Letzteren wurde eine automatisierte Rechnungskontrolle mit einer abschliessenden «Positivliste» hausärztlicher Leistungen in der Tarifstruktur gefordert. Die FMH sieht bei der Abgrenzung hausärztlicher Leistungen klar eine Selbstverantwortung der abrechnungsberechtigten Ärztinnen und Ärzte, da der Kontext eine wichtige Rolle spielt. Da der Gegenvorschlag von FMH und MFE, die sogenannte «Negativliste light», bei den Kostenträgern keine Akzeptanz fand, gab die FMH die Datenbank für Mitglieder und Softwarehäuser zur Umsetzung frei. Als aktuelle Tarifstruktur gilt aus Sicht der FMH die Version 1.08.00 BR mit präzisierter Interpretation ohne die Leistungsgruppe der Kostenträger.

Revision Analysenliste – In der Revision der Analysenliste wurde als Basis für die Bewertung des Point of Care-Tarifs (POCT) das FMH-Kostenmodell vom Bundesrat festgelegt. Während sich bei dessen Umsetzung durch das BAG eine Einigung für die direkten Kosten ergab, traf das BAG für die indirekten Kosten eine willkürliche, betriebswirtschaftliche nicht haltbare Annahme. Die FMH hat das EDI und die Eidgenössische Kommission für Analysen, Mittel und Gegenstände (EAMGK) auf dieses nicht gesetzeskonforme und unhaltbare Vorgehen des BAG hingewiesen. Nun muss Bundesrat Berset in den offenen Fragen einen Entscheid fällen.

Parlamentarische Initiative «Komatrinken» – Der Vorentwurf der nationalrätlichen Gesundheitskommission (SGK-N) zur Parlamentarischen Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» sieht vor, dass die medizinischen Leistungen, die aufgrund von übermässigem Alkoholkonsum anfallen, durch die Verursacher in vollen Umfang bezahlt werden. Die FMH lehnt die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab: Sie führt zu einem Paradigmenwechsel vom Solidaritätsprinzip zum Verursacherprinzip und ist zum anderen in der Praxis faktisch undurchführbar. Der ZV lehnt die Stossrichtung des von der nationalrätlichen Gesundheitskommission vorgelegten Vernehmlassungsentwurfs ab.

NCD-Strategie – Aus dem gesundheitspolitischen Rahmenkonzept des Bundesrats «Gesundheit2020» hat der Dialog Nationale Gesundheitspolitik in Auftrag gegeben, eine nationale Strategie zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (NCD-Strategie) zu entwickeln. Diese Strategie soll Perspektiven für die Weiterentwicklung von Präventionsprogrammen aufzeigen und die Prävention in der Gesundheitsversorgung stärken. Zwei Arbeitsgruppen wurden gebildet, um die notwendigen Grundlagen zu erarbeiten und entsprechende Berichte zu erstellen. Der ZV unterstützt die Stossrichtung der NCD-Strategie, will aber beim Dialog Nationale Gesundheitspolitik einen Antrag stellen für einen Einsitz der FMH und der KKA in das Leitungsgremium.